

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Herrn Vorsitzenden  
Karl-Jürgen Klipper

Rathaus · 50667 Köln  
Fon 0221. 221-23830  
Fax 0221. 221-23833  
fdp-fraktion@stadt-koeln.de  
[www.fdp-koeln.de](http://www.fdp-koeln.de)

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 09.04.2014

**AN/0372/2014**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	08.05.2014

**Unterstützung für Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Kritik am neuen Landesentwicklungsplan der Landesregierung NRW**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu setzen.

**Der Ausschuss möge beschließen:**

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Köln unterstützt den Oberbürgermeister in seiner Kritik an der Landesregierung NRW bezüglich des von ihr vorgelegten Landesentwicklungsplanes (LEP) und fordert diese auf, den LEP so zu gestalten, dass die darin beschriebenen Grundsätze und Ziele den Vorhaben der Stadt Köln Raum geben und Chancen lassen, sich ohne Beeinträchtigung der kommunalen Planungshoheit zu entwickeln und zu wachsen.

**Begründung:**

Am 19. Februar 2014 äußerte Oberbürgermeister Jürgen Roters erhebliche Kritik an dem ihm vorliegenden Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes NRW. Der aktuelle Entwurf der rot-grünen Landesregierung greift vehement in die kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit ein.

Der LEP gibt die Nutzung städtischer Flächen für Zwecke wie Freizeit oder Wohnen, Industrie und Handel, Gewerbe, Natur-, Wasser- oder Hochwasserschutz, Verkehrsinfrastruktur etc. vor. Die Vorgaben widersprechen zum Teil gravierend den aktuellen Planungen und Entwicklungen der Stadt Köln.

Der Landesentwicklungsplan weist zum Beispiel den Deutzer Hafen, den Köln aufgeben und zu einem urbanen Gewerbe- und Wohngebiet umwandeln will, als Hafenumfläche aus, während der Godorfer Hafen, den eine Mehrheit des Rates ausbauen will, nicht als Hafenumfläche ausgewiesen ist. Außerdem will die Landesregierung eine große Lärmschutzzone rund um den Flughafen KölnBonn ausweisen und für den Wohnungsbau sollen zunächst Brachflächen genutzt werden müssen, bevor die Stadt Freiflächen zu neuem Bauland machen darf.

Die Landesziele decken sich nicht mit dem Wachstum der Stadt Köln. Köln muss selbst entscheiden können, wie es sich entwickelt und nicht die Landesregierung. In diesem Sinne bitten wir, dem Antrag zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Ralph Sterck  
Fraktionsvorsitzender